

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement, E-Government
		Zentrale Dienste
	Ressort / Stadtbetrieb	300.2 Beteiligungsmanagement 403 Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sylvia Hübler / Norbert Dölle 563 5187 / 563 4211 563 4742 / 563 8032 sylvia.huebler@stadt.wuppertal.de norbert.doelle@stadt.wuppertal.de
	Datum:	02.02.2017
	Drucks.-Nr.:	VO/0094/17 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
14.02.2017	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Entscheidung
Konsolidierung der GWG		

Grund der Vorlage

Wirtschaftliche Entwicklung der GWG

Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.
Die Verwaltung wird beauftragt, den Finanzausschuss regelmäßig über die weitere Entwicklung zu informieren und dem Rat bis zu den Beratungen des Haushaltsplanes 2018/2019 Lösungsvorschläge zur Konsolidierung der GWG vorzulegen.

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Paschalis

Begründung

Der Rat der Stadt hat 2015 beschlossen, die Pflegeimmobilien des städtischen Eigenbetriebs APH in die GWG einzubringen (APH-Transaktion) mit entsprechend anteiliger Bareinlage der Sparkasse.

Zusammen mit den abschließenden Maßnahmen sollten endgültig und dauerhaft die Zielwerte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse (20% EK-Quote und Verbesserung Ergebnis und Liquidität um ca. 2,0 Mio. € p.a.) erreicht werden.

Wie mit Drucksache VO/0100/17 im Betriebsausschuss APH und KIJU am 09.02.2017 ausführlich berichtet, ist eine Umsetzung der APH-Transaktion in der geplanten Form vorerst nicht möglich. Die anderen parallel dazu geplanten Maßnahmen sind noch nicht abschließend auf ihre Realisierbarkeit geprüft worden. Vor allem aber sind sie vom Volumen her überhaupt nicht in der Lage, die APH-Transaktion zu ersetzen.

Daher ist es zwingend notwendig, andere Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur zu erreichen und die GWG somit langfristig zu stabilisieren und die eigenständige Handlungsfähigkeit dauerhaft sicherzustellen. Diese Maßnahmen müssen schnell abgewickelt werden können, um für die GWG die nötigen Effekte kurzfristig zu erzeugen, müssen den Anforderungen der Kommunalaufsicht genügen und dürfen vor allem den Haushaltssanierungsplan der Stadt nicht gefährden.

Die Gesellschafter erarbeiten gemeinsam mit der GWG den Sachstand der wirtschaftlichen Situation der GWG. Auf die Anlage wird verwiesen.

Auf dieser Grundlage werden die Gesellschafter gemeinsam mit der Geschäftsführung geeignete Lösungsmöglichkeiten definieren und bewerten. Zur Unterstützung und Beratung ist die Unternehmensberatung PwC beauftragt worden.

Schon jetzt steht fest, dass die Umsetzung der notwendigen Lösungsmodelle Auswirkungen auf den Haushalt haben wird. Daher wird es notwendig sein, die Entwicklung dieser Lösungsmodelle mit den Vorbereitungen auf den nächsten Doppelhaushalt 2018/2019 zu verbinden.

Demografie-Check

Entfällt

Anlagen

Sachstandsbericht